

Warum am 27. April mit NEIN stimmen?

Kommentar von Klaus Lederer, Berliner Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE

Eines steht fest: der 27. April 2008 wird in die Geschichte Berlins eingehen. Zum ersten Mal kommt es auf das Verlangen der Bürgerinnen und Bürger hin zu einem Volksentscheid. Für uns, die Partei DIE LINKE, ist das auch eine Bestätigung, dass die vor zwei Jahren durch uns vereinfachten Voraussetzungen für mehr direkte Demokratie in der Praxis tauglich sind und nicht wie zuvor nur als theoretische Möglichkeit auf dem Papier stehen.

Am 27. April wird es um die Frage gehen, ob es in Tempelhof weiterhin einen Verkehrsflughafen geben soll. DIE LINKE in Berlin lehnt dieses Ansinnen ab. Denn gegen den Weiterbetrieb eines Flughafens in Tempelhof sprechen - wie man auf den folgenden Seiten nachlesen kann - viele Gründe. In erster Linie sind das die Umweltbelastung und Unfallgefahren, aber auch wirtschafts- und stadtentwicklungspolitische Gründe.

Deshalb hätten wir uns für den ersten Volksentscheid auch ein anderes Thema vorstellen können. Eines, das sich mit den Interessen aller Menschen in der Stadt verbindet, statt einem, das die Erinnerung von Menschen für das Gewinninteresse von wenigen privaten Airlines instrumentalisiert und das parteipolitische Kalkül der CDU gegen Rot-Rot in Berlin bedient.

Die Befürworter eines Flugbetriebs in Tempelhof um die ICAT, die CDU und den Springerkonzern versuchen den Eindruck zu erwecken, die Schließung des Flughafens sei Entscheidung gegen die Berlinerinnen und Berliner. Doch ein Flughafen in Tempelhof nutzt nur wenigen. Ein vom Flugbetrieb befreites Gelände dagegen bietet allen Menschen neue Möglichkeiten - für Freizeit, Erholung, Sport und Kultur, Arbeit und Leben.

Der Volksentscheid gibt den Menschen in dieser Stadt die Chance, ihre wirkliche Meinung zum Ausdruck zu bringen. Dafür haben wir lange Zeit kämpfen müssen und darum sollten wir diese Möglichkeit jetzt auch nutzen! Und deshalb werben wir dafür, daran teilzunehmen und mit „NEIN“ zu stimmen. Als ein Zeichen für die Zukunft der Stadt und für eine lebendige Demokratie.

Tempelhofer Feld

für alle

Wenn der Flugbetrieb auf dem Tempelhofer Feld am 31. Oktober 2008 endlich beendet wird, soll das Gelände den Bürgerinnen und Bürgern Neuköllns, Tempelhoofs, Kreuzbergs und allen Berlinerinnen und Berlinern wieder der wohnortnahen Erholung dienen.

Das Tempelhofer Feld bietet mit seiner Fläche von 4,5 Quadratkilometern das Potential eines zweiten Tiergartens. Zusammen mit der Hasenheide kann eine Erholungsfläche mit ausreichendem Platz für Freizeitsport, unabhängig von Vereinszugehörigkeiten, mit Grill- und Spielplätzen, Kinderplanschbecken und für Kunstaktionen entstehen. Nicht zu vergessen: Raum für Hundenauslauf.

Für das Tempelhofer Feld bedarf es eines berlinweit diskutierten Gesamtkonzepts und eines transparenten Planungsverfahrens unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, etwa in Form von Anwohneräten, von Bürgerinitiativen. Das Interesse an der Immobilienvermarktung darf nicht im Mittelpunkt der Nachnutzung des Flughafengeländes stehen.

Von der Bebauung des zu Neukölln gehörenden 300 m breiten Streifens an der Oderstraße sollte abgesehen werden, ebenso von Bauabsichten auf dem Gelände des Thomaskirchhofs.



Mieter in der Nähe des Tempelhofer Feldes sorgen sich, dass nach Beendigung des Flugbetriebes ihre Mieten steigen könnten. Die Neuköllner LINKE setzt sich dafür ein, dass es Hochstufungen der Wohnlagen im Berliner Mietspiegel wegen der Einstellung des Flugbetriebs nicht geben wird.

Eine Bürgerversammlung wird für den 16. April geplant (bei Redaktionsschluss dieser Zeitung stand der Versammlungsort noch nicht fest, näheres auf der Internetseite www.die-linke-neukoelln.de).

Zum Abschluss der Kampagne „Nein zum Flugbetrieb in Tempelhof“ laden die Neuköllner Parteien, LINKE, SPD, Grüne, und Initiativen zu einer gemeinsamen Informationsaktion am 26. April ab 11.00 Uhr auf dem Hermannplatz ein.

Wir wollen da rein!



Foto: KDH

DIE LINKE.

Bezirksverband Neukölln

**Beim Volksentscheid am 27. April:
NEIN zum Flugbetrieb in Tempelhof!**

Jugendsozialarbeit in Neukölln

Bericht von der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung am 12. März

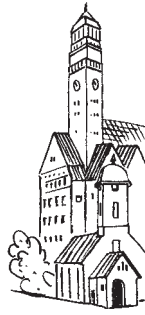
Unsere Fraktion hatte sich vorgenommen das Thema Jugendsozialarbeit und den Handlungsspielraum des Bezirkes zu debattieren. Verfolgt man die Historie der Drucksachen, so wird man feststellen, dass es eine Vielzahl von Anträgen gibt, die den Einsatz von mehr Sozialarbeitern an Schulen fordern. Nicht wenige davon sind von unserer Fraktion eingereicht und auch in der BVV beschlossen worden.

Nun haben wir als Bezirk keinen Einfluss auf die Besetzung der Schulen mit Lehrern und Sozialarbeitern. Der Bezirk ist nur für die Gebäude, deren Versorgung mit Medien (Wasser, Strom usw.) und für die Hausmeister verantwortlich. Alle Hilferufe diesbezüglich an den Bildungssektor fanden kaum Gehör.

Aus diesem Grund wollten wir die Aktion des Bezirkes, die Schulstationen um sieben zu erhöhen, positiv würdigen.

Schulstationen sind der Einsatz von Jugendsozialarbeitern nicht in, sondern an den Schulen. Pro Station arbeiten zwei Sozialarbeiter, als Schnittstelle zwischen Schule, Elternhaus, Wohnumfeld und Polizei. Diese zusätzlichen Schulstationen werden aus bezirklichen Mitteln finanziert. Somit wurde ein Weg gefunden einen weiteren Punkt der Vorhaben der Zählgemeinschaft aus eigenen Mitteln umzusetzen.

Neukölln ist auf diesem Gebiet Vorreiter in Berlin. Es wurde eine Koordinatorin zwischen Jugendamt und Schule eingesetzt, die sich um diese Sozialarbeiter kümmert, eine Vernetzung erwirken und mit allen Beteiligten Qualitätsstandards für Schulstationen erarbeiten soll.



Aus dem
Neuköllner Rathaus

Vignette: Franz Zauleck

Natürlich fordern wir weiterhin zusätzliche Stellen vom Senat, aber solange sich nichts tut, werden wir diesen Weg wählen, auch in der Hoffnung, finanziell durch den Senat unterstützt zu werden. Es liegen derzeit mehr Anforderungen von den Schulen vor, als befriedigt werden können. Ziel muss sein, dass allen Grund- und Hauptschulen sowie auch den Realschulen eine Schulstation als aktive Hilfe zur Selbsthilfe zur Verfügung gestellt werden kann.

Aus der neusten „Fortschreibung des Monitorings „Soziale Stadtentwicklung Berlin für den Zeitraum von 2005–2006“ *) von Prof. Häußermann, geht hervor, dass gerade Neukölln dringend Unterstützung braucht, da das soziale Niveau zu kippen droht.

Es ist nur schade, dass wir hier im Bezirk, auf Grund der knappen finanziellen Mittel, immer vor der Entscheidung „Entweder : Oder“ stehen. Bei der derzeitigen Diskussion auf Landesebene um die Neugestaltung der Zuweisung der Haushaltsmittel für die Bezirke, muss die soziale Situation der einzelnen Bezirke oder auch Kieze mehr Gewicht beigemessen werden. Dafür werden wir kämpfen.

Sylvia Stelz

*Fraktionsvorsitzende der LINKEN
in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln*

*) Die Studie von Prof. Häußermann sowie alle Unterlagen der BVV sind in der Geschäftsstelle am Richardplatz einzusehen.

Einwohnerfragestunde

Vor der nächsten Bezirksverordnetenversammlung am 23. April findet um 17 Uhr eine Einwohnerfragestunde statt. Die Fragen sind eine Woche vorher im BVV-Büro schriftlich einzureichen und werden in der Fragestunde mündlich vom zuständigen Stadtrat beantwortet. Der Fragesteller sollte bei der Fragestunde anwesend sein.

Ehrenamtliche Helfer für die Hausaufgaben gesucht

Die Stadtbibliothek Neukölln sucht ehrenamtliche Helfer, die sich in der Helene-Nathan-Bibliothek der Hausaufgabenhilfe für Kinder von der ersten bis zur sechsten Jahrgangsstufe widmen möchten. Die Hausaufgabenhilfe soll montags bis freitags zwischen 15 und 18 Uhr angeboten werden. Die Helfer/-innen sollten Geduld und das nötige Einfühlungsvermögen mitbringen, um besonders Kinder mit Migrationshintergrund zum Lernen zu motivieren. Lohn für die Mühen sind ein strahlendes Lächeln und ein Dankeschön der Kinder.

*Helene-Nathan-Bibliothek
in den Neukölln Arcaden, Karl-Marx-Straße 66,
Telefon 6809 – 4342*

Im Blick: Afghanistan

Die Galerie im Saalbau in der Karl-Marx-Straße 141 zeigt bis zum 27. April die Ausstellung „Afghanistan im Fokus der Kulturen“. Sie wurde in Zusammenarbeit mit dem Kulturnetzwerk Neukölln e. V. und dem Kulturamt Neukölln organisiert. Die Fotos hat die Frauenrechtsorganisation RAWA (Revolutionäre Vereinigung der Frauen Afghanistans) zur Verfügung gestellt. Im Rahmenprogramm finden Diskussionsveranstaltungen statt:

11. April, 19.00 Uhr: **Zur Lebenswirklichkeit der afghanischen Frauen seit dem Sturz der Taliban.** Vortrag von Mariam Notten.

25. April, 19.00 Uhr: **Afghanen in Berlin.** Gesprächsrunde mit afghanischen Berlinerinnen und Berlinern. Moderation: Dr. Bernd Krebs, Bürgerstiftung Neukölln

Die Ausstellung ist von dienstags bis sonntags jeweils von 10.00 bis 20.00 Uhr geöffnet.

Olga-Benario-Ausstellung bis Mai verlängert

Die Ausstellung „Olga Benario - Annäherung an eine Revolutionärin“ in der Galerie Olga Benario in der Richardstraße wird wegen der großen Nachfrage bis Anfang Mai gezeigt. Im Veranstaltungsprogramm stehen jeweils donnerstags um 19.30 Uhr Informationen über die politische Situation in Brasilien im Mittelpunkt. So wird am 24. April das Video „Arme Reiche Welt - Das Weltsozialforum in Porto Alegre 2002“ gezeigt, anschließend Gespräch mit den Regisseurinnen.

Das vollständige Veranstaltungsprogramm gibt es in der Galerie Olga Benario, Richardstr. 104, 12043 Berlin-Neukölln, Telefon 680 59 387 oder 626 16 51 oder im Internet www.galerie-olga-benario.de

DIE LINKE wirkt – wirken Sie mit!

Die Zeitungen sind voller Meldungen über DIE LINKE, auf allen Fernsehkanälen wird berichtet. Oftmals nicht zutreffend. Wenn Sie sich selber Ihre Meinung über DIE LINKE bilden wollen, dann informieren Sie sich direkt bei der LINKEN. Besuchen Sie die Versammlungen der LINKEN, Termine finden Sie auf der letzten Seite dieser Zeitung, oder schicken Sie diesen Coupon an: DIE LINKE Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin

- Ich möchte Informationsmaterial über DIE LINKE bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name:

Anschrift:

E-Mail: Telefon:

Kommunalpolitik betrifft Jede und Jeden

DIE LINKE. Neukölln lädt zu kommunalpolitische Arbeitstagung ein

Am Sonnabend, 12. April, von 10 bis 18 Uhr, stehen Fragen und Probleme der kommunalpolitischen Arbeit im Zentrum der LINKEN am Richardplatz 16 und in der Richard-Grundschule zur Debatte.

Die meisten Mitglieder unseres Bezirksverbands befassen sich auf die eine oder andere Weise mit Neuköllner Kommunalpolitik, sei es als Bezirksverordnete oder Bürgerdeputierte, im Bezirksvorstand, im kommunalpolitischen Arbeitskreis oder in den Basisorganisationen. Um unsere politische Arbeit effektiver zu machen, gilt es diese Menschen an einen Tisch zu bringen, dauerhaft zu vernetzen und gemeinsame kommunalpolitische Arbeitsschwerpunkte zu entwickeln.

Einen ganzen Tag lang wollen wir uns über die verschiedenen Aspekte der Neuköllner Politik austauschen. Dabei wird es auch um die aktuelle Auseinandersetzung um den Flughafen Tempelhof und die Nachnutzung des Tempelhofer Feldes gehen. Ein Eröffnungsplenum soll den Teilnehmenden die Grundlagen und Rahmenbedingungen der Kommunalpolitik in den Berliner Bezirken nahe bringen. Zwei Runden

mit jeweils vier Arbeitsgruppen bieten die Möglichkeit, sich mit Interessenschwerpunkten zu befassen.

Die Arbeitsgruppen im Einzelnen:

Block 1 (11.30 bis 13.00 Uhr)

A1 Stadtentwicklung: Themen: Karl-Marx-Straße, Richardplatz, Hermannplatz, Allgemeines zum Bezirk

A2 Bildung/Schule/Kultur: Themen: Neuköllner Kulturlandschaft, Gemeinschaftsschule, Bildungseinrichtungen, Schulstationen, Ganztagschule

A3 Migration/Integration: Themen: Integrations-Projekte in Neukölln, Migranten-Vereine, Rechtsextremismus

A4 Soziales/Gesundheit: Themen: Vivantes, Ärzte in Neukölln, Gesundheitszustand, Arbeitslosigkeit/Hartz IV, Soziale Infrastruktur

Block 2 (15.00 bis 16.30 Uhr)

B5 Verkehr/Tiefbau: Themen: Flughafen Tempelhof, Autobahnausbau, StrABG, Fahrrad/Auto/ÖPNV

B6 Wirtschaft/Arbeit: Themen: Öffentlicher Dienstag, ÖBS, Wirtschaftsstruktur, Wirtschaftsförderung, Einzelhandel

B7 Kinder/Jugend/Sport: Themen: Kitas, Jugendgewalt, Sportangebote



B8 Wohnen/Miete: Themen: Quartiersmanagement, Nachbarschaft, Gentrifizierung, Wohnungsbaugesellschaften

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden anschließend im Plenum vorgestellt und diskutiert. Danach bleibt (hoffentlich) noch ausreichend Zeit für eine gemeinsame Abendgestaltung.

Weil aber eine Tagung bei weitem nicht ausreichen wird, um alle Neukölln betreffenden Fragen ausreichend zu diskutieren, plant der Bezirksverband noch mindestens eine weitere kommunalpolitische Arbeitstagung. Sie soll im zweiten Quartal 2008 stattfinden, die Ergebnisse der ersten Tagung vertiefen und Gelegenheit bieten, kommunalpolitisch aktive Akteure aus Initiativen und Vereinen einzubeziehen.

Mehr Demokratie beim Wählen

Das Berliner Wahlrecht bietet den Wählerinnen und Wählern relativ wenig Mitbestimmungsmöglichkeiten. Sperrklauseln und Mehrheitswahlrecht in den Wahlkreisen führen dazu, dass zahlreiche Stimmen unberücksichtigt bleiben. Außerdem haben bestimmte Bevölkerungsgruppen gar nicht erst die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben.

Aus diesem Grund startete das Bündnis „Mehr Demokratie beim Wählen“ im März eine Kampagne zur Änderung des Berliner Wahlrechts. Das Bündnis reicht vom Bund der Steuerzahler und der Humanistischen Union über den Türkischen Bund bis zu den Jugendorganisationen der Gewerkschaften und weiteren Organisationen. Dabei werden drei Grundziele verfolgt:

- Wählerinnen und Wähler sollen mehr Einflussmöglichkeiten bekommen,

- möglichst viele Stimmen sollen bei einer Wahl berücksichtigt werden,
- die Gruppe der Wahlberechtigten soll erweitert werden.

Wie sehen die Änderungen im Detail aus?

Wählerinnen und Wähler bekommen insgesamt 5 Parteistimmen. Sie können ihre Stimmen auf mehrere Parteien verteilen. Außerdem können sie die von den Parteien aufgestellte Reihenfolge der Listenkandidaten verändern.

Das Bündnis „Mehr Demokratie beim Wählen“ fordert die Senkung der Sperrklausel auf Landesebene auf 3 % und die Abschaffung der 3%-Sperrklausel auf Bezirksebene. Da selbst bei gesenkter Sperrklausel immer noch ein beachtlicher Anteil der Stimmen verloren geht, soll eine Ersatzstimme eingeführt werden. Wählerinnen und Wähler kennzeichnen eine Partei, der ihre Stimmen zukommen, welche durch die Sperrklausel sonst unter den Tisch fallen würden.

Auch Drittstaatenangehörige sollen das aktive und passive Wahlrecht nach einer Mindestaufenthaltsdauer von 5 Jahren erhalten. Zusätzlich wird eine Senkung des aktiven Wahlalters auf 16

Jahre vorgeschlagen. An den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen können Jugendliche bereits teilnehmen. Eine Angleichung des Landeswahlrechts wäre hier nur konsequent.

Wie sollen diese Ziele erreicht werden?

Für eine Volksinitiative und ein Volksbegehren werden jeweils 20.000 Unterschriften gesammelt. Aufgrund der hohen Hürden für verfassungsändernde Volksbegehren wird ein Teil der Forderungen Bestandteil der Volksinitiative sein. Diese führt dazu, dass sich das Abgeordnetenhaus mit den Vorschlägen befassen und darüber entscheiden muss. Die einfachgesetzlichen Änderungen sollen im Rahmen eines Volksbegehrens zu einem verbindlichen Volksentscheid gebracht werden. Die Abstimmung der Berlinerinnen und Berliner über die Wahlrechtsänderungen soll 2009 am Tage der Bundestagswahl stattfinden.

*Christian Posselt,
DIE LINKE, Bezirksverband Neukölln*

Weitere Informationen:
www.besseres-wahlrecht.de

Termine DIE LINKE Neukölln

Bezirksvorstand

Donnerstag, 10. April, 24. April, 19.00 Uhr
Richardplatz 16

Kommunalpolitischer Arbeitskreis (KAK)

Montag, 14. April, 19.00 Uhr
Richardplatz 16

BO Demokratische Linke

Montag, 21. April, 19.00 Uhr
Richardplatz 16

Info-Stand am 19. April, 11.00 bis 13.00 Uhr
Platz der Stadt Hof

BO Hermannstraße

Mittwoch, 9. April, 19.00 Uhr
Thema: Rechtsextremismus in Neukölln

Mittwoch, 23. April, 19.00 Uhr

Thema: Flughafen Tempelhof
Jonasstraße 29 (Salvador-Allende-Zentrum)

BO Neuköllner Norden (BO.NN)

Dienstag, 15. April, 19.00 Uhr

Thema: Eins, zwei - Polizei
Richardplatz 16

BO Rixdorf

Freitag, 11. April, 19 Uhr
Thema: Umbau in Rixdorf

Freitag, 25. April, 19.00 Uhr

Thema: Lidl
Richardplatz 16

BO Reuterkiez

Sonntag, 13. April 12.00 Uhr
Thema: Kampagne zur Schließung
von Tempelhof/Plakatierung/Kaffeklatsch
Richardplatz 16

Dienstag, 29. April, 19.00 Uhr

Thema: Die Finanzkrise und die Linke
Reuterstraße 52 (Verein iran. Flüchtlinge)

ErwiN

Erwerbslosenfrühstück

Dienstag, 15. April und

Dienstag, 6. Mai, ab 11.00 Uhr

Arbeitstreffen: Öffentlicher Beschäftigungssektor, Was ist Kommunal-Kombi?

Dienstag, 8. April, 18.00 Uhr

Richardplatz 16

**KARIKATUREN von
KLAUS STUTTMANN**

im Neuköllner Zentrum der LINKEN
am Richardplatz 16

vom 7. April bis 16. Mai

Mo, Di, DO von 10-16 Uhr, Fr 10-14 Uhr
und nach Vereinbarung

Impressum

neu-köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE, Landesverband Berlin
Auflage dieser Ausgabe: 2.500 Exemplare

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln
Richardplatz 16, 12055 Berlin, Tel./Fax: 613 59 19

Redaktionsschluss: 31. März 2008

Beiträge für die nächste Ausgabe bitte bis zum
24. April 2008

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht
der Ansicht des Herausgebers entsprechen.

neu-köllnisch · April 2008



Foto: Jürgen Winckler/ND

Rückzug der Truppen aus Afghanistan, weltweite atomare Abrüstung und die Verteidigung demokratischer Rechte standen im Mittelpunkt beim Berliner Ostermarsch der Friedensbewegung am Ostermontag auf dem Kurfürstendamm.

Nach dem Ostermarsch: Petition an den Bundestag

Dem Frieden eine Chance Truppen raus aus Afghanistan

Bei den diesjährigen Ostermärschen hat die Friedensbewegung eine gemeinsame Initiative gestartet: Eine Petition an den Deutschen Bundestag „Dem Frieden eine Chance - Truppen raus aus Afghanistan!“

Der Text der Petition lautet: „Ein ‚Krieg gegen Terror‘ kann militärisch nicht gewonnen werden, da er selbst immer wieder neue Gewalt hervorruft. Der Abzug der Besatzungstruppen schafft Voraussetzungen

für die Einstellung aller Kampfhandlungen und für eine zivile Entwicklung. Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf: Stimmen Sie keiner weiteren Verlängerung oder Erweiterung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan zu!“

Die Petition kann bis zum 15. September unterzeichnet werden. Unterschriftenlisten gibt es bei den Gruppen der Friedensbewegung und bei der LINKEN, die sich der Forderung anschließt. Im vergangenen Jahr stimmte die Fraktion der LINKEN im Bundestag als einzige geschlossen gegen den Bundeswehreinsetz in Afghanistan.



Foto: LINKE.SDS

Solidarität mit den streikenden BVG-Beschäftigten

„Wir sitzen alle in einem Bus“, hieß es auf einem Plakat, das die Mitglieder des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS, darunter auch mehrere Mitglieder des Neuköllner Bezirksverbandes der LINKEN zu ihrer Solidaritätsaktion mit den Streikposten mitbrachten.

DIE LINKE Berlin-Neukölln